

INTERVIEW CARSTEN LINNEMANN

„Kernkraft muss eine Option bleiben“

Der CDU-Generalsekretär äußert sich zum Markenkern der Partei, Frauen in der Union und zum Grundsatzprogramm.

BERLIN Generalsekretär Carsten Linnemann erwartet auf dem CDU-Parteitag eine „staatsmännische Rede“ des Vorsitzenden Friedrich Merz. Ein Gespräch mit Linnemann über die neue CDU, über Muslime, Atomkraft sowie die Wehrpflicht.

Herr Linnemann, Ihr erster Parteitag als CDU-Generalsekretär steht an. Und das gleich drei Tage lang. Welches Signal erhoffen Sie sich von dem Konvent?

LINNEMANN Ein Signal der Geschlossenheit und klare Inhalte, mit denen uns die Menschen wieder verbinden.

Was soll man denn mit der CDU künftig verbinden?

LINNEMANN Wir haben 2021 die Wahl auch verloren, weil wir inhaltlich entkernt waren. Wir lagen am Boden, es war nicht klar, ob wir es schaffen wieder aufzustehen. Mit dem neuen Grundsatzprogramm zeigen wir nun: Wir stehen wieder für konkrete Inhalte. Es gibt in anderen europäischen Ländern Beispiele, wo sich Christdemokraten marginalisiert haben. Wir sind eine liberale, christlich-soziale Partei. Aber auch eine konservative und das betont das Programm stärker als zuvor.

Also ist die CDU eigentlich alles.

LINNEMANN Wir sind die letzte Partei in Deutschland, die die gesamte Bevölkerung in den Blick nimmt, die nicht nur bestimmte Milieus anspricht. Im Gegensatz zur SPD sind wir eine Volkspartei. Wir machen Politik aus Überzeugungen heraus, die wir nun klarer herausstellen. Wir wollen den Zeitgeist prägen und ihm nicht einfach folgen.

Was bieten Sie denn Neuwählern, jungen Menschen und Frauen?

LINNEMANN Junge Menschen treiben die gleichen Sorgen, Wünsche und Bedürfnisse um, wie den Rest der Wählerinnen und Wähler auch – denken Sie allein an das Thema Sicherheit. Es ist der falsche Ansatz, immer der Frage nachzujagen, was müssen wir als Politik machen, um junge Wähler zu erreichen. Entscheidend ist, dass unsere Politik auf unserem Wertefundament beruht. Wir müssen aber die Kanäle, auf denen junge Menschen unterwegs sind, besser nutzen. Hierzu

zählt insbesondere Social Media. Wir müssen sie dort abholen, wo sie sind. Das wurde lange vernachlässigt und das haben wir jetzt geändert.

Die Union sollte auch weiblicher werden. Wo sind die Frauen geblieben?

LINNEMANN Im Präsidium hatten wir noch nie so viele Frauen wie derzeit. Wir haben etwa Ines Claus als Fraktionsvorsitzende in Hessen, Karin Prien und Ina Scharrenbach als Ministerinnen in den Bundesländern. Das sind Persönlichkeiten, die bekannt sind und Verantwortung tragen. Wir müssen da besser werden, keine Frage, wir werden den Weg weitergehen.

Sie kommen von einer Kanzlerin, einer Parteivorsitzenden. Die erste Reihe der CDU ist derzeit nicht weiblich.

LINNEMANN Sie vergessen die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Deren erneute Kandidatur in Ihrer Partei nicht unumstritten war. Außerdem sieht man Ursula von der Leyen bislang auf keinem Plakat zur Europawahl.

LINNEMANN Das ist Quatsch, der da verbreitet wurde. Sie ist in unserer Wahlkampagne sehr präsent, sie macht mehrere Wahlkampftermine in Deutschland und wir werden sie in der heißen Phase der Mobilisierung auch auf unseren Großflächen plakatieren. Kaum jemand weiß bislang überhaupt, dass Europawahlen stattfinden. Wir wollen auf die Wahl erst einmal aufmerksam machen, dann überzeugen und zum Schluss vor allem mobilisieren – natürlich mit Ursula von der Leyen.

Auf dem Parteitag soll Friedrich Merz wieder als Vorsitzender gewählt werden. 95,33 Prozent erhielt er bei seiner ersten Wahl. Ist das die Messlatte?

LINNEMANN Der Vergleich zum letzten Mal hinkt etwas, weil der Parteitag damals die Mitgliederbefragung bestätigt hat. Wir haben uns als Partei damals entschieden, gemeinsam aus dem Tal der Tränen zu gehen. Friedrich Merz wird ein sehr gutes Ergebnis erzielen, die CDU ist wieder geschlossen und hat eine Programmatik, die in die Zukunft weist.

„Wir haben ein eklatantes Problem mit radikalen Ausprägungen des Islams.“

erste Formulierung war vielleicht noch etwas unklar, jetzt ist sie es nicht mehr.

Bundesrat billigt Bezahlkarte für Asylbewerber

BERLIN (dpa) Die in der Ampel-Koalition lange umstrittene Bezahlkarte für Asylbewerber ist ohne große Debatte vom Bundesrat verabschiedet worden. Die bundesgesetzliche Regelung zu solchen Karten sei zwar eigentlich überflüssig, da die Länder die Bezahlkarten auch ohne diese hätten einführen können, sagte Thüringens Migrationsministerin Doreen Denstädt (Grüne) am Freitag in Berlin. Da die nun gefundene Regelung

für das Zahlungsmittel so ausgestaltet worden sei, dass die soziale und kulturelle Teilhabe von Geflüchteten garantiert bleibe, spreche nun aber auch nichts gegen eine Zustimmung zu dem Entwurf.

Mehrere Länder hatten den Bund aufgefordert, einen gesetzlichen Rahmen für die Bezahlkarte zu schaffen. Asylbewerber sollen künftig einen Lebensunterhalt als Guthaben über

die Karte erhalten. Dafür soll es weniger Bargeldzahlungen geben. Damit soll unter anderem verhindert werden, dass Migranten Geld an Schlepper oder Familie und Freunde im Ausland überweisen.

Ob sie die Karte tatsächlich einführen und wie sie die Nutzung ausgestalten, können die Länder dann selbst entscheiden. Vor allem Politikerinnen und Politiker der Grünen hatten in den vergangenen Monaten

gefordert, der Gesetzentwurf müsse so formuliert werden, dass eine erhebliche Einschränkung der Rechte von Geflüchteten in einzelnen Regionen ausgeschlossen werde.

In einer Rede, die Staatssekretär Bernd Kröscher zu Protokoll gab, verwies das Bundesinnenministerium zudem auf andere mit dem Gesetz verbundene Änderungen. Beispielsweise sollen künftig bestimmte Daten zum Leistungsbezug im Ausländer-

zentralregister (AZR) abgebildet werden. Insbesondere den Ausländer- und den Leistungsbehörden werde die Arbeit damit deutlich erleichtert, da sehr viele Abfragen untereinander „ins Blaue hinein“ dadurch entbehrlich würden. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte nach dem Beschluss des Bundesrats: „Es ist gut, dass Bund und Länder in der Migrationspolitik gemeinsam pragmatisch handeln.“ Sie verwies zudem auf

den Rahmen“ für ein Waffenstillstandsabkommen in Gaza zu besprechen. Eine offizielle Bestätigung gab es bisher nicht.

Israel und die islamistische Hamas verhandeln seit Monaten indirekt über eine Feuerpause und die Freilassung weiterer Geiseln, die Terroristen der Hamas und anderer extremistischer Gruppen am 7. Oktober vergangenen Jahres nach Gaza entführt hatten. Ägypten, die USA und Katar treten dabei als Vermittler auf.

den Rahmen“ für ein Waffenstillstandsabkommen in Gaza zu besprechen. Eine offizielle Bestätigung gab es bisher nicht.

Linke will Aus für private Krankenversicherung

VON HOLGER MÖHLE

BERLIN Die Linke will das Gesundheitssystem in Deutschland grundlegend reformieren und dabei auch die privaten Krankenversicherungen abschaffen. Wie die Linke in einem Positionspapier fordert, das unserer Redaktion vorliegt, soll die bislang strikte Trennung von ambulanter Versorgung durch Einzelpraxen und stationärer Versorgung in Krankenhäusern aufgehoben und durch ein

integriertes ambulant-stationäres System ersetzt werden. Zur Finanzierung der Reform soll die Vermögensteuer wiedereingeführt werden, damit die Schließung weiterer Krankenhäuser und Stationen vermieden werde. Über das Reformvorhaben wollen die Spitzen von Partei und der Linken-Gruppe im Bundestag an diesem Sonntag in Templin beraten. Die Co-Vorsitzende der Linken, Janine Wissler, fordert derweil ein Gewinnverbot im Gesundheitssektor: „Es braucht ein Gewinnverbot im Gesundheitswesen. Krankenhäuser und Pflegeheime sollten keine Gewinne



Janine Wissler, Co-Parteivorsitzende der Linken, will ein Gewinnverbot im Gesundheitswesen. FOTO: BRITTA PEDERSEN/DPA

für Aktionäre ausschütten. Das Geld wird für Investitionen in Gesundheit und gute Pflege gebraucht.“

Die Linke setzt sich weiter dafür ein, die private Krankenvollversicherung abzuschaffen und in die gesetzliche Krankenversicherung zu

überführen. „Mit einer solidarischen Gesundheitsversicherung ohne Beitragsbemessungsgrenze könnten die Beiträge für niedrige und mittlere Einkommen bis etwa 6300 Euro brutto monatlich gesenkt und zugleich die Leistungen verbessert werden“, heißt es in dem Positionspapier. Zur Finanzierung der Gesundheitsreform und den damit verbundenen Investitionskosten für die Länder fordert die Linke, die Vermögensteuer wieder einzuführen, die wiederum in die Kassen der Länder fließt. Das bisherige System der Fallpauschalen soll komplett abgeschafft werden.

Ägypten sieht Fortschritte bei Gaza-Gesprächen mit Israel

KAIRO/TEL AVIV (dpa) In die festgefahrenen Verhandlungen zum Gaza-Krieg könnte nach ägyptischen Angaben Bewegung gekommen sein. Bei Gesprächen zwischen ägyptischen und israelischen Vertretern hat es nach Angaben des staatsnahen ägyptischen Fernsehens Al-Kahira News am Freitag erhebliche Fortschritte gegeben. Nähere Angaben waren zunächst nicht bekannt. Der Sender hatte zuvor berichtet, eine ägyptische Delegation sei in Tel Aviv eingetroffen, um einen „umfassenden

den Rahmen“ für ein Waffenstillstandsabkommen in Gaza zu besprechen. Eine offizielle Bestätigung gab es bisher nicht.

Israel und die islamistische Hamas verhandeln seit Monaten indirekt über eine Feuerpause und die Freilassung weiterer Geiseln, die Terroristen der Hamas und anderer extremistischer Gruppen am 7. Oktober vergangenen Jahres nach Gaza entführt hatten. Ägypten, die USA und Katar treten dabei als Vermittler auf.



CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann: „Die CDU ist wieder geschlossen und hat eine Programmatik, die in die Zukunft weist.“

FOTO: MICHAEL KAPPELLER/DPA